



LEGENDE

als Bestandteil zur Aufstellung des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan

0.1 RECHTSGRUNDLAGEN DES BEBAUUNGSPLANS SIND DIE IN DER JEWEILS ZUM ZEITPUNKT DES SATZUNGSBESCHLUSSES GELTENDEN FASSUNGEN.

das Baugesetzbuch (BauGB) die Bauordnungsverordnung (BauNVO) die Bayerische Naturschutzgesetz (BayNatSchG) die Bayerische Bauordnung (BayBO) das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) die Planzeichenverordnung (PlanZV)

0.2 NUTZUNGSSCHABLONE (MIT DARSTELLUNG DER VERBINDLICHEN FESTSETZUNGEN)

1	2	1	Art der Nutzung
3	4	2	Zahl der Vollgeschosse
5	6	3	Grundflächenzahl (GRZ)
7	8	4	Geschoßflächenzahl (GFZ)
		5	Bauweise
		6	Dachformen mit Gradzahl
		7	Hausrye
		8	Traufhöhe (TH), Firsthöhe (FH)

I. PLANZEICHEN ALS FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung

SO Sondergebiet: Pferdehaltung in Eigennutzung nach § 11 Abs. 2 BauNVO

MI Mischgebiet, § 6 BauNVO

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung innerhalb des Baugebiets (§ 1 Abs. 4 und § 16 Abs. 5 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB - § 16 BauNVO

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

Grundflächenzahl

Geschoßflächenzahl als Höchstmaß

zulässige Dachformen: Pultdach, Satteldach

zulässige Dachneigung

maximale Firsthöhe der baulichen Anlage als Höchstgrenze in Meter über OK Gelände

3. Bauweise, Baugrenze

§ 8 Abs. 1 Nr. 2 BauGB - §§ 22 und 23 BauNVO

offene Bauweise

zulässiger Gebäudetyp, Einzelhaus

Baugrenze, die Abstandsflächenregelung der BayBO ist einzuhalten

4. Verkehrsflächen

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB

private Verkehrsfläche

5. Grünflächen

§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB

Grünfläche

Trail für Pferde befestigt mit Schotter/Kies/Hackschnitzel, wasserdurchlässig

neu anzupflanzende Hecke

zu erhaltender Baum- und Heckenstruktur

zu erhaltender Bestandsbaum

zu pflanzender Baum

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

Flächen für die Wasserversorgung und den Naturschutz. Das Ufergehölz ist gem. § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG zu erhalten. hier: 5m-Gewässerrandstreifen

Grünordnerische Maßnahmen mit laufender Nummerierung (siehe Grünordnungssetzungen Pkt. B 3.2)

6. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

überdachter Tierbewegungsplatz

befestigte Fläche

bestehende Gebäudestellung

zu errichtende/erweiternde Bebauung

Flurnummer

vorhandene Grundstücksgrenzen

Anbauverbotszone, Art. 23 BayStrWG, 15,0 m

Anbaubeschränkungszone Art. 24 BayStrWG, 30,0 m

Zaun

Tor

Mischwasserkanal, Bestand

Niederspannungskabel - SÜC Energie und H2O GmbH

geplante RW-Legung

Fahnenmast

geplantes Regenrückhaltebecken

1	unbefestigte Fläche
2	Hackschnitzel- oder Sand-Trail oder wasserdurchlässige Schichten, bestehende Befestigung bleiben erhalten.
3	Ecoraster + Trichterschicht
4	befestigte Fläche, Bestand
A	Unterstand, max. 4 x 6 m mit 2m breitem Vordach an drei Seiten
B	überdachter Trockenmistlege, max. 4 x 4 m
C	Carport, max. 3,5 x 6 m
D	Garage, max. 6 x 6 m
E	geplante Wohnhaus
F	überdachter Paddock, max. 16 m
G	Geräteunterstand
H	Dachformen mit Gradzahl
I	Stall, Bestand
J	Wohnhaus, Bestand
K	Hühnerstall, Bestand im UG
L	überdachter Auslauf - Tierbewegungsplatz (ca. 30 x 16 m), neu
M	Auslauf, Bestand mit neuer Überdachung, bestehende Einhausung erhalten
N	Unterstand, max. 4 x 6 m mit 2 m Vordach an der Traufseite
O	Parkplätze, 2,5 x 5 m auf bestehendem befestigten Flächen
P	Überdachung
1	Blickdichter Zaun im Bereich des Radweges zum Schutz der Pferde
2	Tränke
3	Kugelpfostenweiden
4	Fresshecke (z.B. Haselnuss, Feldahorn, Heckenrose, Silberweide, Salweide, roter Haselnuss, Weißdorn, Wildrosenstachel, Erle, Birke)
5	Trail befestigt mit Schotter/Kies/Hackschnitzel (Breite ca. 4,00 m)

II. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. PLANRECHTLICHER ART

1. Art der baulichen Nutzung

Sondergebiet: Pferdehaltung in Eigennutzung gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO.

Mischgebiet: gemäß § 6 BauNVO. Die in § 6 Abs. 2 BauNVO genannten Vorhaben:

- Wohngebäude,
- Geschäfts- und Bürogebäude,
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, sind zulässig.

Nicht zulässig sind die unter § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Vorhaben:

- Gartenlaubetriebe,
- Tankstellen.

Alle unter § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vorhaben sind nicht zulässig (§ 1 Abs. 6 BauNVO).

2. Maß der baulichen Nutzung

Sondergebiet:

- Als Höchstmaß der baulichen Nutzung gilt die Grundflächenzahl 0,3 und eine Geschossflächenzahl von 0,3

Mischgebiet:

Als Höchstmaß der baulichen Nutzung gilt die Grundflächenzahl 0,3 und eine Geschossflächenzahl von 0,6

2.1. Vollgeschosse

Sondergebiet: Zulässig ist ein Vollgeschoss

Mischgebiet: Zulässig sind zwei Vollgeschosse

3. Bauweise

Es wird die offene Bauweise festgesetzt.

Zulässig im Mischgebiet sind Einzelhäuser (§ 22 Abs. 2 Satz 2 BauNVO). Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die zeichnerische Darstellung in Form von Baugrenzen festgesetzt. Die Abstandsflächenregelung der BayBO ist einzuhalten. Im Sondergebiet sind ausschließlich die für die Pferdehaltung notwendigen baulichen Anlagen zulässig.

3.1. Höhenlage der baulichen Anlagen

Sondergebiet: Die Firsthöhe wird auf 7 m festgesetzt. Ausgangsmesspunkt ist jeweils der höchste an das Gebäude angrenzende Punkt des unregulierten Geländes.

Mischgebiet: Die Firsthöhe wird auf 10 m festgesetzt. Ausgangsmesspunkt ist jeweils der höchste an das Gebäude angrenzende Punkt des unregulierten Geländes.

3.2. Baugrenze

Es wird die offene Bauweise festgesetzt.

Zulässig im Mischgebiet sind Einzelhäuser (§ 22 Abs. 2 Satz 2 BauNVO). Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die zeichnerische Darstellung in Form von Baugrenzen festgesetzt. Die Abstandsflächenregelung der BayBO ist einzuhalten. Im Sondergebiet sind ausschließlich die für die Pferdehaltung notwendigen baulichen Anlagen zulässig.

3.3. Anbauverbotszone

Die Firsthöhe wird auf 7 m festgesetzt. Ausgangsmesspunkt ist jeweils der höchste an das Gebäude angrenzende Punkt des unregulierten Geländes.

3.4. Anbaubeschränkungszone

Die Firsthöhe wird auf 10 m festgesetzt. Ausgangsmesspunkt ist jeweils der höchste an das Gebäude angrenzende Punkt des unregulierten Geländes.

4. Stützplätze und Carports

Für die Errichtung von Stützplätzen und offenen Carports ist kein Stauraum erforderlich. Stützplätze sind entsprechend den Richtzahlen für den Stützplatzbedarf nach BayBO nachzuweisen.

5. Carport und Nebengebäude

Carport und Nebengebäude sind gemäß § 6 Abs. 7 BauNVO auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.

6. Nebenanlagen

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen werden die in § 14 Abs. 2 BauNVO genannten untergeordneten Nebenanlagen (Trafogebäude, Leitungsmaste, Telefonanlagen) zugelassen.

7. Immissionschutz

Um Beeinträchtigungen von Anwohnern durch die Tierhaltung zu verhindern, sind die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um Geräuschbelastungen zu vermeiden.

8. Außenbereiche für Pferde (z. B. Auslauf, Koppel)

sind so zu pflügen (z. B. regelmäßig vom Kot zu säubern), dass keine erheblichen Geräuschbelastungen entstehen können. Ein Verschärfen ist beispielsweise durch eine wasserabführende und schnell abtrocknende Bodenbelagung zu verhindern. Bei Entweichen von deutlich wahrnehmbaren Gerüchen ist die betroffene Bodenschicht zu erneuern. Sobald sich bei Weideflächen ein Vermatschen abzeichnet, sind geeignete Gegenmaßnahmen (z. B. Aussäen, Aufsperrung der Teilflächen) zu ergreifen.

9. Der anfallende Mist ist in einer passend dimensionierten, dreiseitig umwandeten Mistlege zu lagern sowie einer ordnungsgemäßen Verwertung zuzuführen. Der Festmistlagerplatz und seine Umgebung sind sauber zu halten. 10. Wasserrecht Regenrückhaltung Das anfallende Niederschlagswasser ist auf dem Baugrundstück eigenverantwortlich zu versickern, bzw. über eine Regenwassererückhaltung dem Wohlbach Fl.Nr. 68 zuzuführen. Bei der Bemessung, Ausgestaltung und dem Betrieb der erfaßten Entwässerungsanlagen sind die Regeln der Technik, insbesondere die technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TRENKGW), bzw. in oberirdische Gewässer (TRENQO) zu beachten. 11. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Die geplanten Mist- und für Pferdemist als Trockenmist auszuliegen. Ein Anschluss an die Regenwasserabfuhr ist nicht zulässig. Bei der Errichtung der Mistlege ist die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AWStV) zu beachten. In der Anlage 7 sind besondere Anforderungen an JGS-Anlagen geregelt. Technische Anforderungen sind weiterhin im Arbeitsblatt DWA-A 792, Technische Regel wassergefährdende Stoffe (TrwS) - Jeuche-, Gülle- und Silagesickersaftanlagen (JGS-Anlagen) zu finden. Hier wird insbesondere auf die Nr. 6.4 (Besondere Anforderungen an die Lagerung von Festmist) und 8.2 (10) (Behalten von Fahrzeugen mit Festmist auf flüssigkeitsdurchlässiger Fläche) verwiesen. 12. Oberflächenwasser und Überschwemmungsgebiete In einem Abstand von 5 m zu den OK Uferböschungen dürfen keine landwirtschaftlichen Materialien, Futtermittel (z.B. Rundballen) oder Holz gelagert werden. Futtermitteln müssen ebenfalls mindestens einen Abstand von 5 m zu den OK Uferböschungen haben. Die Art der Weidezaune ist so zu wählen, dass sie keine Hochwasser-Auflösungsbehinderung darstellen. Es dürfen keine engmaschigen Zäune verwendet werden, die eine Verkeilungsgefahr bewirken. Gegen stromfließende Weidezaunbänder mit festen Pfosten bestehen keine Einwände. Der Pferdekot ist regelmäßig ordnungsgemäß zu beseitigen, insbesondere im Nahbereich zu den Gewässern, um zusätzliche Nährstoffeinträge in die Gewässer zu vermeiden.

3.2. Grünordnerische Maßnahmen

G1 Neupflanzung einer Fresshecke (siehe Nr. 3)

Anpflanzung einer Hecke aus heimischen Sträuchern zur Ergänzung des Futterplans der Pferde und gleichzeitig als optische Aufwertung der Hofanlage und Unterschlupf und Nahrung für Insekten, Vögel und kleine Nageltiere.

Corylus avellana	Haselnuss
Acer campestre	Feldahorn
Rosa corymbifera	Heckenrose
Salix alba	Silberweide
Salix caprea	Salweide
Cornus sanguinea	roter Hartweilchen
Crataegus laevigata	Weißdorn
Wildrosenstachel	Erle
Alnus glutinosa	Birke
Betula fruticosa	Birke

G2 Erhalt der Pferdewiese mit Ergänzung von kräuterreichem Saatgut

z. B. 02 Frischweide, Herkunftsgebiet 7 von Rieger-Hofmann oder Regioaatgut

Umgrenzungsbereich 12 von Saaten Zeller.

Die Fläche wird, soweit nicht bereits durch Beweidung gepflegt, extensiv bewirtschaftet, d.h. Mahl 1-2-mal jährlich nach dem 15.6., keine Düngung und Pflanzenschutz. Das Mahgut ist von der Fläche zu entfernen.

3.4. Weitere grünordnerische Festsetzungen

Bestandssicherung/Pflanzhalterhaltung

Die vorhandenen Vegetationsbestände im Planungsgebiet sind zu erhalten und während der Baumaßnahme vor Beschädigung zu schützen.

Der Bachlauf inklusive Ufergehölz und -randstreifen darf nicht beeinträchtigt werden.

Die vorgesehenen Ausgleichsflächen sind so vom restlichen Gelände abzugrenzen, dass diese sich zielgerichtet entwickeln können. Eine Beeinträchtigung durch Befahren oder Fräß- und Trittschäden durch die Pferde ist zu verhindern.

Das Umpflanzieren der bestehenden Hecke im Bereich des Tierbewegungsplatzes ist nur außerhalb der Vogelbrutzeiten von 01.10. bis 28.02. zulässig.

Vollzugsflächen

Die Pflanzmaßnahmen und die Einsaaten auf den Flächen sind unmittelbar in der auf das Bauende folgende Pflanzperiode, jedoch spätestens ein Jahr nach Errichtung der geplanten Gebäude planmäßig, sowie fachgerecht durchzuführen und abzuschließen.

Oberflächen auf privatem Grund

Zur Erhaltung der Versickerungsfähigkeit des Bodens muss die Versiegelung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Eine Beeinträchtigung durch Befahren oder Fräß- und Trittschäden durch die Pferde ist zu verhindern.

Die Befestigung mit Pflaster, Rasengittersteinen oder Eco-Raster, Schotter, Kies, Hackschnitzel, Kunstrasen oder anderen wasserdurchlässigen Materialien ist im Plan dargestellt. Alle übrigen Flächen sind Grün- bzw. Pflanzflächen.

Schutz des Oberbodens

Aufschüttungen und Abgrabungen dürfen weder unnatürlich noch verunstaltend wirken. Veränderungen des natürlichen Bodenniveaus, wie Abgrabungen und Aufschüttungen, sind zu vermeiden, bzw. gering zu halten. Der Oberboden ist nach DIN 18915 für Wiederverwertung zu sichern.

Der belebte Oberboden (Mutterboden) und der kulturfähige Unterboden (Lößlehm) sind nach § 22 BauGB zu schonen, sofern erforderlich getrennt abzutragen, fachgerecht zwischenzulagern, vor Verdichtung zu schützen und nach den Vorgaben des § 8-8 BbodSchV ersatz möglichst innerhalb der gleichen bodenkundlichen und geologischen Einheit, z.B. landwirtschaftlich, zur Bodenverbesserung fachgerecht zu verwerten.

Der nicht kulturfähige Unterboden und das Untergroundmaterial sollen innerhalb des Vorhabenbereiches verwendet werden, um eine Entsorgung zu vermeiden.

Einfallenden entlang der Grundstücksgrenze sind bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig. Optisch geschlossene Wände sind nicht zulässig. Lediglich im Bereich des Radweges ist ein blinklichter Zaun zulässig.

Bei überschüssigem Aushubmaterial ist abhängig vom jeweiligen Entsorgungsweg die rechtlichen und technischen Anforderungen (z. B. § 8-8 BbodSchV, Leitlinien zur Verfüllung von Gruben und Brüchen sowie Tagelassen, LAGA M 20 1997 sowie DepV) maßgeblich.

Es sind DIN 18300 (Erdarbeiten), DIN 18915 (Bodenarbeiten im Landschaftsbau, hier v.a. Hinweise zur Vermeidung von Verdichtung), DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial) und DIN 19839 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben) entsprechend zu berücksichtigen. Bei Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht sind die Vorgaben des § 8-8 BbodSchV zu beachten.

Im Umgang mit Bodenmaterial auf die einschlägigen Gesetze und Merkblätter verwiesen: <http://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/bodenmaterial/index.htm>

Im Zusammenhang mit Bodenaushub wird auf folgenden Link verwiesen: https://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/faq_bodenaushub/index.htm

Im Zusammenhang mit Bodenaushub wird auf folgenden Link verwiesen: https://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/faq_bodenaushub/index.htm

Lichtemissionen

Zum Schutz der Insekten vor Lichtemissionen sind für die Außenbeleuchtung auf privatem Grund warme LED-Lampen einzusetzen. Gebäudeilluminationen sind nicht zulässig.

B. BAUORDNUNGSRECHTLICHER ART (örtliche Bauvorschrift)

1. Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen

Sondergebiet:

- Fassaden mit Holzverschalung

Die Außenwände der Gebäude und baulichen Anlagen sind mit einer Holzverschalung zu versehen.

- Sockel
- Die Sockelhöhe darf bis max. 0,50 m über OK Gelände reichen.
- Dach
- Es sind Satteldächer und Pultdächer zulässig. Als Dachendeckung der Dächer sind Betondachsteine, Tonziegel oder Stehfaltziegel zulässig.

Mischgebiet:

- Fassaden
- Die Außenwände sind mit einem unauffälligen, der Umgebung angelegenen Außenputz bzw. einer hellen Fassadenverkleidung zu versehen.
- Sockel
- Die Sockelhöhe darf bis max. 0,50 m über OK Gelände reichen.
- Dach
- Es sind Satteldächer und Pultdächer zulässig. Als Dachendeckung der Dächer sind Betondachsteine, Tonziegel oder Stehfaltziegel zulässig. Photovoltaikanlagen sind erwünscht.

2. Notwendigkeit, Art und Gestaltung von Einfriedigungen

Einfriedigungen entlang der Grundstücksgrenze sind bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig. Optisch geschlossene Wände sind nicht zulässig. Lediglich im Bereich des Radweges ist ein blinklichter Zaun zulässig.

3. Grünordnung

3.1. Die bestehende Eingrünung und Bepflanzung ist zu erhalten und zu pflügen.

3.2. Ausgleichsmaßnahmen

Ausgleichsfläche A1

Pflanzfläche:	50 m²
Ausgangszustand:	intensiv genutztes Grünland
Ziel:	Neupflanzung von Hecken

Maßnahme:

5 m breiter Pflanzstreifen als zweireihige Hecken aus standortheimischen autochthonen Sträuchern wahlweise aus nachfolgender Pflanzliste anpflanzen und dauerhaft zu erhalten. Qualität der Sträucher 2 x v 60-100 im Pflanzraster 1,50 m x 2,00 m.

III. AUSNAHMEN UND BEFREIUNGEN VOM BEBAUUNGSPLAN

Von den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplans können Ausnahmen und Befreiungen nach Maßgabe der Bayerischen Bauordnung erteilt werden.

Von den planungsrechtlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplans können Ausnahmen und Befreiungen nach Maßgabe des § 31 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist, erteilt werden.

Pflanzliste - vorgeschlagene heimische, standorttypische Gehölze:

Cornus sanguinea	Hartweilchen
Corylus avellana	Haselnuss
Lonicera xylosteum	Gemeine Heckenkirsch
Crataegus monogyna	Weißdorn
Prunus spinosa	Schlehe
Rosa canina	Hundsrose
Rosa arvensis	Acker-Rose
Sambucus nigra	Holunder
Carpinus betulus	Hainbuche
Euonymus europaeus	Pflaumerlchen

Ausgleichsfläche A2

Pflanzfläche:	1230 m²
Ausgangszustand:	Intensiv genutztes Grünland
Ziel:	Bühlweide

Maßnahme:

Bühlweide mit insgesamt 2 Lesestein- und 2 Totholzhaufen. Umwandlung von intensiv genutztem Grünland in extensive Weide mit autochthonem, kräuterreichem Saatgut, z.B. 02 Frischweide, Herkunftsgebiet 19 von Rieger-Hofmann oder Regioaatgut Ursprungsgebiet 19 von Saaten Zeller.

Aufbringung von Habitat fördernden Elementen, wie „Lesesteinelemente - Totholzlelemente“. Um gerade den Reptilien einen effektiven Schutz anbieten zu können, müssen sich diese Rückzugsorte umlaufend sichtbar zeigen. Anlage, die mit Substrat (Kies/Lehm/Sand) überdeckt werden.

Pflege:

Die Fläche wird künftig extensiv bewirtschaftet, d.h. Mahl 1-2-mal jährlich nach dem 15.6., keine Düngung und Pflanzenschutz. Das Mahgut ist von der Fläche zu entfernen.

IV. HINWEISE

1. Für den Bebauungsplan gilt die Bauordnungsverordnung

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist"

2. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege weist darauf hin, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Mittelalters in das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 BayDSchG unterliegen.

Art. 8 Abs. 1 BayDSchG: Wer Bodendenkmäler auffindet ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch die Eigentümer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die anderen von der Pflicht, die Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses still zu stellen, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 BayDSchG: Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigeht oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLD im Rahmen der Baulandplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung. Fragen, die konkrete Befreiung der Bau- und Kunstdenkmalpflege oder Bodendenkmäler betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalpflege (www.blfd.bayern.de).

3. Landratsamt Coburg

Veterinäramt

Tiergesundheitsrechtliche und tierschutzrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten. Es wird insbesondere auf die Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzaspekten vom 09. Juni 2009 verwiesen.

Wasserrecht

Neupflanzung einer Fresshecke (siehe Nr. 3)

Anpflanzung einer Hecke aus heimischen Sträuchern zur Ergänzung des Futterplans der Pferde und gleichzeitig als optische Aufwertung der Hofanlage und Unterschlupf und Nahrung für Insekten, Vögel und kleine Nageltiere.

Corylus avellana	Haselnuss
Acer campestre	Feldahorn
Rosa corymbifera	Heckenrose
Salix alba	Silberweide
Salix caprea	Salweide
Cornus sanguinea	roter Hartweilchen
Crataegus laevigata	Weißdorn
Wildrosenstachel	Erle
Alnus glutinosa	Birke
Betula fruticosa	Birke

G2 Erhalt der Pferdewiese mit Ergänzung von kräuterreichem Saatgut

z. B. 02 Frischweide, Herkunftsgebiet 7 von Rieger-Hofmann oder Regioaatgut

Umgrenzungsbereich 12 von Saaten Zeller.

Die Fläche wird, soweit nicht bereits durch Beweidung gepflegt, extensiv bewirtschaftet, d.h. Mahl 1-2-mal jährlich nach dem 15.6., keine Düngung und Pflanzenschutz. Das Mahgut ist von der Fläche zu entfernen.

3.4. Weitere grünordnerische Festsetzungen

Bestandssicherung/Pflanzhalterhaltung

Die vorhandenen Vegetationsbestände im Planungsgebiet sind zu erhalten und während der Baumaßnahme vor Beschädigung zu schützen.

Der Bachlauf inklusive Ufergehölz und -randstreifen darf nicht beeinträchtigt werden.

Die vorgesehenen Ausgleichsflächen sind so vom restlichen Gelände abzugrenzen, dass diese sich zielgerichtet entwickeln können. Eine Beeinträchtigung durch Befahren oder Fräß- und Trittschäden durch die Pferde ist zu verhindern.

Das Umpflanzieren der bestehenden Hecke im Bereich des Tierbewegungsplatzes ist nur außerhalb der Vogelbrutzeiten von 01.10. bis 28.02. zulässig.

Vollzugsflächen

Die Pflanzmaßnahmen und die Einsaaten auf den Flächen sind unmittelbar in der auf das Bauende folgende Pflanzperiode, jedoch spätestens ein Jahr nach Errichtung der geplanten Gebäude planmäßig, sowie fachgerecht durchzuführen und abzuschließen.

Oberflächen auf privatem Grund

Zur Erhaltung der Versickerungsfähigkeit des Bodens muss die Versiegelung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Eine Beeinträchtigung durch Befahren oder Fräß- und Trittschäden durch die Pferde ist zu verhindern.

Die Befestigung mit Pflaster, Rasengittersteinen oder Eco-Raster, Schotter, Kies, Hackschnitzel, Kunstrasen oder anderen wasserdurchlässigen Materialien ist im Plan dargestellt. Alle übrigen Flächen sind Grün- bzw. Pflanzflächen.

Schutz des Oberbodens

Aufschüttungen und Abgrabungen dürfen weder unnatürlich noch verunstaltend wirken. Veränderungen des natürlichen Bodenniveaus, wie Abgrabungen und Aufschüttungen, sind zu vermeiden, bzw. gering zu halten. Der Oberboden ist nach DIN 18915 für Wiederverwertung zu sichern.

Der belebte Oberboden (Mutterboden) und der kulturfähige Unterboden (Lößlehm) sind nach § 22 BauGB zu schonen, sofern erforderlich getrennt abzutragen, fachgerecht zwischenzulagern, vor Verdichtung zu schützen und nach den Vorgaben des § 8-8 BbodSchV ersatz möglichst innerhalb der gleichen bodenkundlichen und geologischen Einheit, z.B. landwirtschaftlich, zur Bodenverbesserung fachgerecht zu verwerten.

Der nicht kulturfähige Unterboden und das Untergroundmaterial sollen innerhalb des Vorhabenbereiches verwendet werden, um eine Entsorgung zu vermeiden.

Einfallenden entlang der Grundstücksgrenze sind bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig. Optisch geschlossene Wände sind nicht zulässig. Lediglich im Bereich des Radweges ist ein blinklichter Zaun zulässig.

Bei überschüssigem Aushubmaterial ist abhängig vom jeweiligen Entsorgungsweg die rechtlichen und technischen Anforderungen (z. B. § 8-8 BbodSchV, Leitlinien zur Verfüllung von Gruben und Brüchen sowie Tagelassen, LAGA M 20 1997 sowie DepV) maßgeblich.

Es sind DIN 18300 (Erdarbeiten), DIN 18915 (Bodenarbeiten im Landschaftsbau, hier v.a. Hinweise zur Vermeidung von Verdichtung), DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial) und DIN 19839 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben) entsprechend zu berücksichtigen. Bei Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht sind die Vorgaben des § 8-8 BbodSchV zu beachten.

Im Umgang mit Bodenmaterial auf die einschlägigen Gesetze und Merkblätter verwiesen: <http://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/bodenmaterial/index.htm>

Im Zusammenhang mit Bodenaushub wird auf folgenden Link verwiesen: https://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/faq_bodenaushub/index.htm

Im Zusammenhang mit Bodenaushub wird auf folgenden Link verwiesen: https://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/faq_bodenaushub/index.htm

Lichtemissionen

Zum Schutz der Insekten vor Lichtemissionen sind für die Außenbeleuchtung auf privatem Grund warme LED-Lampen einzusetzen. Gebäudeilluminationen sind nicht zulässig.

IV. HINWEISE

1. Für den Bebauungsplan gilt die Bauordnungsverordnung

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist"

2. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege weist darauf hin, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Mittelalters in das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 BayDSchG unterliegen.

Art. 8 Abs. 1 BayDSchG: Wer Bodendenkmäler auffindet ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch die Eigentümer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die anderen von der Pflicht, die Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses still zu stellen, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 BayDSchG: Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigeht oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLD im Rahmen der Baulandplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung. Fragen, die konkrete Befreiung der Bau- und Kunstdenkmalpflege oder Bodendenkmäler betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalpflege (www.blfd.bayern.de).

3. Landratsamt Coburg

Veterinäramt

Tiergesundheitsrechtliche und tierschutzrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten. Es wird insbesondere auf die Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzaspekten vom 09. Juni 2009 verwiesen.

Wasserrecht

Neupflanzung einer Fresshecke (siehe Nr. 3)

Anpflanzung einer Hecke aus heimischen Sträuchern zur Ergänzung des Futterplans der Pferde und gleichzeitig als optische Aufwertung der Hofanlage und Unterschlupf und Nahrung für Insekten, Vögel und kleine Nageltiere.

Corylus avellana	Haselnuss
Acer campestre	Feldahorn
Rosa corymbifera	Heckenrose
Salix alba	Silberweide
Salix caprea	Salweide
Cornus sanguinea	roter Hartweilchen
Crataegus laevigata	Weißdorn
Wildrosenstachel	Erle
Alnus glutinosa	Birke
Betula fruticosa	Birke

G2 Erhalt der Pferdewiese mit Ergänzung von kräuterreichem Saatgut

z. B. 02 Frischweide, Herkunftsgebiet 7 von Rieger-Hofmann oder Regioaatgut

Umgrenzungsbereich 12 von Saaten Zeller.

Die Fläche wird, soweit nicht bereits durch Beweidung gepflegt, extensiv bewirtschaftet, d.h. Mahl 1-2-mal jährlich nach dem 15.6., keine Düngung und Pflanzenschutz. Das Mahgut ist von der Fläche zu entfernen.

3.4. Weitere grünordnerische Festsetzungen

Bestandssicherung/Pflanzhalterhaltung

Die vorhandenen Vegetationsbestände im Planungsgebiet sind zu erhalten und während der Baumaßnahme vor Beschädigung zu schützen.

Der Bachlauf inklusive Ufergehölz und -randstreifen darf nicht beeinträchtigt werden.

Die vorgesehenen Ausgleichsflächen sind so vom restlichen Gelände abzugrenzen, dass diese sich zielgerichtet entwickeln können. Eine Beeinträchtigung durch Befahren oder Fräß- und Trittschäden durch die Pferde ist zu verhindern.

Das Umpflanzieren der bestehenden Hecke im Bereich des Tierbewegungsplatzes ist nur außerhalb der Vogelbrutzeiten von 01.10. bis 28.02. zulässig.

Vollzugsflächen

Die Pflanzmaßnahmen und die Einsaaten auf den Flächen sind unmittelbar in der auf das Bauende folgende Pflanzperiode, jedoch spätestens ein Jahr nach Errichtung der geplanten Gebäude planmäßig, sowie fachgerecht durchzuführen und abzuschließen.

Oberflächen auf privatem Grund

Zur Erhaltung der Versickerungsfähigkeit des Bodens muss die Versiegelung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Eine Beeinträchtigung durch Befahren oder Fräß- und Trittschäden durch die Pferde ist zu verhindern.

Die Befestigung mit Pflaster, Rasengittersteinen oder Eco-Raster, Schotter, Kies, Hackschnitzel, Kunstrasen oder anderen wasserdurchlässigen Materialien ist im Plan dargestellt. Alle übrigen Flächen sind Grün- bzw. Pflanzflächen.

Schutz des Oberbodens

Aufschüttungen und Abgrabungen dürfen weder unnatürlich noch verunstaltend wirken. Veränderungen des natürlichen Bodenniveaus, wie Abgrabungen und Aufschüttungen, sind zu vermeiden, bzw. gering zu halten. Der Oberboden ist nach DIN 18915 für Wiederverwertung zu sichern.

Der belebte Oberboden (Mutterboden) und der kulturfähige Unterboden (Lößlehm) sind nach § 22 BauGB zu schonen, sofern erforderlich getrennt abzutragen, fachgerecht zwischenzulagern, vor Verdichtung zu schützen und nach den Vorgaben des § 8-8 BbodSchV ersatz möglichst innerhalb der gleichen bodenkundlichen und geologischen Einheit, z.B. landwirtschaftlich, zur Bodenverbesserung fachgerecht zu verwerten.

Der nicht kulturfähige Unterboden und das Untergroundmaterial sollen innerhalb des Vorhabenbereiches verwendet werden, um eine Entsorgung zu vermeiden.

Einfallenden entlang der Grundstücksgrenze sind bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig. Optisch geschlossene Wände sind nicht zulässig. Lediglich im Bereich des Radweges ist ein blinklichter Zaun zulässig.

Bei überschüssigem Aushubmaterial ist abhängig vom jeweiligen Entsorgungsweg die rechtlichen und technischen Anforderungen (z. B. § 8-8 BbodSchV, Leitlinien zur Verfüllung von Gruben und Brüchen sowie Tagelassen, LAGA M 20 1997 sowie DepV) maßgeblich.

Es sind DIN 18300 (Erdarbeiten), DIN 18915 (Bodenarbeiten im Landschaftsbau, hier v.a. Hinweise zur Vermeidung von Verdichtung), DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial) und DIN 19839 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben) entsprechend zu berücksichtigen. Bei Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht sind die Vorgaben des § 8-8 BbodSchV zu beachten.

Im Umgang mit Bodenmaterial auf die einschlägigen Gesetze und Merkblätter verwiesen: <http://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/bodenmaterial/index.htm>

Im Zusammenhang mit Bodenaushub wird auf folgenden Link verwiesen: https://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/faq_bodenaushub/index.htm

Im Zusammenhang mit Bodenaushub wird auf folgenden Link verwiesen: [https://www.flu.bayern.de/ab](https://www.flu.bayern.de/abfall/mineralische-abfaelle/faq_bodenaushub/index.htm)